

«Theater darf Kirche nicht konkurrenzieren»

Wie wirkt sich das neue Luzerner Theater auf den Lichteinfall in der Jesuitenkirche aus? Kaum, sagt Architekt Daniel Lengacher.

Interview: Cyril Aregger

Daniel Lengacher leitete im Auftrag der Stadt Luzern die Arbeitsgruppe, welche die Architekten Ilg Santer vom Siegerentwurf «überall» bei der Überarbeitung begleitet hat. Im zehnköpfigen Team waren Vertreter der Stadt, des Theaters, der Denkmalpflege und der Wettbewerbsjury vertreten. Das Team eruierte aus den Rückmeldungen des Stadtrates, der Verbände und der Öffentlichkeit 26 Punkte, die mit den Architekten während eines halben Jahres in vier Workshops besprochen und bearbeitet worden sind.

Auf den ersten Blick hat sich bei der Überarbeitung kaum etwas verändert.

Daniel Lengacher: Das täuscht. Das Siegerprojekt wurde auf Basis des überzeugenden Grundkonzeptes umfassend überarbeitet. Der Abstand zur Jesuitenkirche wurde vergrössert. Die beiden prägenden Volumen wurden in der Höhe reduziert und deren Dachneigung dem Portikus des alten Theaters angeglichen. Der mittlere Gebäudeteil wurde geöffnet, sodass nun drei unterschiedlich gestaltete Volumen ein Gesamtes bilden. Zudem wurde die Fassade zur Neustadt geöffnet und mit einem Treppenturm deren Anbindung verstärkt. Im Übrigen wird das Projekt in der nächsten Phase weiterentwickelt werden.

Stichwort Jesuitenkirche. Als barocke Kirche brauche sie für die Wirkung im Innern natürliches Licht, sagen Kritiker. Die Morgensonne werde ihr mit dem Projekt aber genommen.

Ein Bonner Ingenieurbüro hat eine Tageslichtanalyse erstellt. Die Simulation zeigt, dass der Neubau im Sommer nur bei wolkenlosem Himmel bis 10 Uhr Einfluss auf die Belichtung der Seitenkapellen der Jesuitenkirche hat. Im Winterhalbjahr steht die Sonne auf der Ostseite so tief, dass der Neubau keinen Einfluss hat.

«Eine Höher- oder Tieferlegung des Saals hätte einen gewichtigen Nachteil; das Öffnen des Saals zur Bahnhofstrasse wäre nicht möglich.»



Daniel Lengacher
Architekt in Luzern

Und wie beeinflusst der Neubau die höher gelegenen Fenster?

Die obersten Fenster, die Obergadenfenster, sind für die Belichtung des Kirchenraums besonders wichtig. Sie sind vom Neubau kaum betroffen. Der Solothurner Denkmalpfleger Stefan Blank, der ein Gutachten erstellt hat, bewertet die Beeinträchtigungen als «absolut vertretbar». Ob der Abstand zwischen Kirche und Neubau nun 12,1 Meter beträgt wie aktuell oder 3 Meter weniger wie vorher, spielt für die Belichtung keine Rolle.

Trotzdem wurde der Abstand zur Kirche auf diese 12,1 Meter vergrössert.

Das war eine städtebauliche Entscheidung zugunsten des Zwischenraums, der sich vom Hirschengraben zur Reuss hin öffnet und die Altstadt sichtbar macht.

Auch nach der Überarbeitung ist für die Gegnerschaft jedoch klar, dass das Projekt dem Ortsbild schadet, zu gross ist für den Standort.

Bei einem Projekt in einem

So viel Platz braucht das neue Theater



Quelle: StepMap, 1.23map – Daten: Openstreetmap, Lizenz Odb1 1.0 / Grafik: mlu



Blick auf die Jesuitenkirche.

Bild: Patrick Hürlimann (Luzern, 18. 9. 2022)

geschützten Ortsbild von nationaler Bedeutung werden zwingend die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) beigezogen. Beide haben das Projekt geprüft und positiv beurteilt. So wurde beispielsweise der Erhalt des alten Theaters und die «un-

geschälerte Erhaltung der Wirkung des Flussraumes» positiv bewertet.

Tatsache bleibt aber: Der Theaterplatz fällt weg. Architekt Patrick Schnieper vom Gegnerkomitee schlug vor, man sollte höher bauen, den Theatersaal in den ersten Stock verlegen. So könnte

man mehr Raum schaffen zwischen Theater und Kirche. Die ENHK sagt hier ganz klar: Das Theater darf die Kirche in der Höhe nicht konkurrenzieren. Die Höhe sei ausgereizt.

Was ist mit der gegenteiligen Variante? Ein in den Boden versenkter Theatersaal würde die Höhe reduzieren –

und somit Raum für die Jesuitenkirche schaffen.

Wegen des Grundwassers kann nur ein Untergeschoss erstellt werden. Dieses wird aber für Lager- und Technikräumlichkeiten gebraucht. Und eine Höher- oder Tieferlegung des Saals hätte einen gewichtigen Nachteil, das Öffnen des Saals zur Bahnhofstrasse wäre nicht möglich. Dies würde bedeuten, dass die multifunktionale Nutzung des neuen Theaters mit den drei Sälen eingeschränkt würde.

Um diesen Raum zu schaffen, wird auch auf das Bistro im Erdgeschoss verzichtet. Ist das mit Blick auf die Nutzung als öffentlicher Raum nicht ein Fehler?

Das neue Theater wird zu einem offenen Haus für alle als Treffpunkt ohne Konsumationszwang. Wer etwas konsumieren will, kann ein Getränk an der Theaterkasse oder in der Bar im ersten Stock holen. Getrunken werden kann im Haus oder draussen. Unter dem Dach ist zudem die Theaterkantine mit Terrassen den ganzen Tag für alle offen. Die Gastronomie soll die Leute ins Theater holen, sie mit dem Theater konfrontieren. Ein Bistro im Erdgeschoss hätte nicht diese Wirkung.

Die Gegnerschaft kritisiert auch die 13,8 Millionen für den Projektierungskredit. Das sind mehr als 10 Prozent der prognostizierten Baukosten von 130 Millionen. Dieser Kredit sei entweder massiv überhöht oder weise auf weitaus höhere künftige Baukosten hin.

Der Projektierungsaufwand ist bei einem Theater viel höher als bei einem weniger komplexen Projekt. Es stellen sich viele Aufgaben, entsprechend viele Leute sind involviert. Deshalb ist der Projektierungskredit relativ hoch. Die Kosten sind seriös berechnet, und es ist klar, dass mit dem Geld sorgfältig umgegangen werden muss.

Einwohnerrat will Handyverbot prüfen

Werden Smartphones von Schulen verbannt? Mit dieser Frage muss sich die Stadt Kriens nun auseinandersetzen.

Stefan Dähler

Wird an Krienser Schulen bald ein generelles Verbot von Handys und Smartwatches eingeführt? Der Stadtrat muss ein solches zumindest prüfen. Dies aufgrund eines SVP-Postulats, das der Einwohnerrat am Donnerstag mit 16 zu 12 Stimmen überwiesen hat.

Die Diskussion verlief nicht nach dem klassischen Links-Rechts-Schema. Neben der SVP sprach sich zunächst nur die SP für das Postulat aus. Die Mitte/Junge Mitte-, Grüne/Junge Grüne/GLP- und Liberalen-Fraktion äusserten sich ablehnend. Dies hätte eigentlich nicht für eine Mehrheit gereicht. Weil es in den Fraktionen Abweichler gab – und

allenfalls auch aufgrund des etwas speziellen Verlaufs der Diskussion – wurde der Vorstoss am Ende aber doch überwiesen.

Gravierende Folgen möglich

Und so lief das ab: Postulant Sandro Bucher (SVP) argumentierte zuerst, dass «das kleine Gerät fehl am Platz» sei an der Schule. Es lenke ab, eine übermässige Nutzung könne gemäss WHO-Studie in schlimmen Fällen Depressionen, Angststörungen und schlechte Schulleistungen zur Folge haben. Hinzu komme das Cybermobbing.

Danach waren Sarah Le Grand (Mitte), Alina Wiget (Junge Grüne) und Armin Lisibach (FDP) an der Reihe, die in vie-

len Punkten übereinstimmten. Es sei unbestritten, dass das Smartphone Probleme mit sich bringe. «Ein generelles Verbot ist aber nicht zielführend, da es das Grundproblem nicht löst», sagte Le Grand. «Das Handy ist Teil der Gesellschaft und der Umgang damit muss erlernt werden», fügte Wiget an. «Statt eines Verbots braucht es pädagogisch begleitetes Erlernen von Medienkompetenzen», sagte Lisibach.

Fazit: Das Ziel müsse sein, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, mit digitalen Medien umzugehen, statt diese zu verbieten. Diese könnten auch nützlich sein, etwa für Recherchen oder Präsentationen. Hinzu komme, dass an

Krienser Schulen bereits Einschränkungen gelten.

In der Folge führte Edith Kaufmann (SP) aus, dass das Postulat in ihrer Fraktion für kontroverse Diskussionen gesorgt habe. Es gebe Argumente für und gegen ein Verbot. Die SP sei zum Schluss gekommen, dass ein solches durchaus vertieft geprüft werden könne und die Fraktion daher das Postulat befürworte. Zumal eine Überweisung noch nicht bedeute, dass das Verbot tatsächlich eingeführt wird. Auch der Stadtrat sprach sich für dieses Vorgehen aus.

Wie verbindlich ist die Forderung?

Danach entstand eine Diskussion darüber, ob der Stadtrat

durch die Überweisung des Postulats bereits den klaren Auftrag erhält, ein Verbot einzuführen – oder ob es nur um eine Prüfung mit offenem Ausgang geht. Schliesslich beendete Einwohnerratspräsident Michael Portmann (SP) dieses Thema mit der Aussage, dass ein Postulat nur einen Prüfungsauftrag zur Folge habe, der eine gewisse Flexibilität beinhaltet. In der Folge stimmte die Mehrheit für den Vorstoss.

Nun liegt der Ball beim Stadtrat. Er hat sechs Monate Zeit, dem Einwohnerrat einen Bericht vorzulegen, in dem er seine Haltung zum Thema Handyverbot an Schulen und allfällige Massnahmen ausführlicher darlegt.

Kriens prüft neue Schulhäuser

Bildung Künftig erwartet die Stadt Kriens deutlich mehr Schulkinder. Bis 2035 dürften 36 neue Klassen nötig sein, wie es in der aktuellen Schulraumplanung heisst. Um dieses Wachstum aufzufangen, muss der Stadtrat unter anderem die Realisierung zweier zusätzlicher Schulanlagen prüfen. Der Einwohnerrat hat am Donnerstag entsprechende Postulate von Mitte und FDP diskussionslos überwiesen. Die Mitte fordert, dass der Stadtrat die Reaktivierung des ehemaligen Schulstandorts Bleiche prüft. Dieser befindet sich an der Gemeindehausstrasse in der Nähe des Krienser Zentrums. Die FDP wiederum bringt ein neues Schulhaus in Luzern Süd ins Spiel. Beiderorts wird besonders starkes Wachstum der Kinderzahlen erwartet. (std)